SPD-Fraktion im Rat der Stadt Sankt Augustin **SPD**

Ihr/e Gesprächspartner/in: Marc Knülle, Dr. Rainer Frank

Verteiler: Vorsitzende(r), I, II, III, IV, 10,

Federführung:

Termin f. Stellungnahme:

erledigt am:

Antrag

Datum: 05.09.2007
Drucksachen-Nr.: 07/0342

Beratungsfolge	**Sitzungstermin**	**Behandlung**
Rat	19.09.2007	öffentlich / Entscheidung

Betreff

Konsequenzen aus dem parteipolitischen Handeln des Bürgermeisters beim Besuch des Landesverkehrsministers Wittke

Beschlussvorschlag:

1.
Die Verwaltung wird aufgefordert, künftig jegliche Veranstaltungen zu unterlassen, die auf Grund ihres Charakters die parteipolitische Neutralität des Verwaltungshandelns in Frage stellen können. Teilnahmen von Mitarbeitern der Verwaltung als Experten bei Parteiveranstaltungen im bisher üblichen Rahmen bleiben davon unberührt.

2.
Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat darzulegen, welche Kosten (inkl. Personalkosten) der Stadt Sankt Augustin im Zusammenhang mit dem Besuch des Landesverkehrsministers Wittke (CDU) entstanden sind.

3.
Die Verwaltung wird aufgefordert, öffentlich die Behauptung zurückzunehmen, dass alle Maßnahmen, die im Rahmen des Stadtentwicklungskonzeptes 2025 in Betracht gezogen worden sind, bereits beschlossene Ziele der Stadt Sankt Augustin sind.

4.

Die Verwaltung wird aufgefordert, sich öffentlich für die Fehlinformation zu entschuldigen, Minister Wittke habe „gewünscht“, bei seinem offiziellen Besuch in der Stadt Sankt Augustin nur Vertreter mit CDU-Parteibuch treffen zu wollen.

Begründung:

Der Presse-Berichterstattung vom 7. August 2007 musste mit großem Befremden entnommen werden, dass der Bürgermeister der Stadt Sankt Augustin, Herr Schumacher, mit dem NRW-Verkehrsminister Oliver Wittke, ein sogenanntes „Arbeitsgespräch“ über Sankt Augustiner Verkehrsprobleme geführt und hierzu diverse eigene CDU-Parteifreunde zur „Verstärkung“ eingeladen hatte.

Als Bürgermeister der Stadt, Vorsitzender des Rates und als Verwaltungschef, hat er Aufgaben neutral und parteiunabhängig auszuüben. Dieser Verpflichtung hat er zuwider gehandelt und den genannten Termin offensichtlich für parteipolitische Zwecke missbraucht. Hiergegen erhob sich seitens der SPD, Grünen und FDP Fraktion schärfster Protest.

Es ist vollkommen inakzeptabel, dass der Bürgermeister bei einem offiziellen städtischen Termin, zu dem die Verwaltung alle Vorbereitungen trifft und die Lokalzeitungen auf städtischem Briefkopf eingeladen werden, dafür sorgt, dass nur Mitglieder der eigenen politischen Partei, der CDU, mit am Tisch sitzen.

Der Bürgermeister hätte, wenn er Frau Milz als örtliche Landtagsabgeordnete der CDU einlädt, auch die Landtagsvertreter der anderen Parteien wie Herrn Papke von der FDP, Herrn Becker von den Grünen und Herrn Tüttenberg oder/und Frau Hendricks von der SPD einladen müssen.

Ebenso hätte mit der Einladung an den CDU-Fraktionsvorsitzenden, Herrn Wagner, zwingend auch Einladungen an die Vorsitzenden der anderen Ratsfraktionen ergehen müssen.

Unabhängig davon wäre es im Übrigen angebracht gewesen, die als städtische verkehrspolitischen Pläne vorgetragenen Maßnahmen, wie den zur über 100 Millionen teuren Tieferlegung der S 66, erst einmal in den zuständigen städtischen Gremien beraten zu lassen, ehe sie dem NRW-Verkehrsminister als städtische Projekte vorgetragen werden. Der Bürgermeister hat ein angebliches verkehrspolitisches Projekt der Stadt verkündet, das keiner Beschlusslage der Gremien des Rates entspricht. Es handelt sich bekanntermaßen allein um einen Vorschlag der CDU – der von der Mehrheit des Rates mangels realistischer Finanzierungsgrundlage erkennbar eindeutig abgelehnt wird.

Die Ausführungen der Verwaltung (Antwort auf die Anfrage der Grünen und SPD Drucksache Nr.: 07/0298), dass diese Projekte dadurch legitimiert seien, dass sie als Maßnahmen im Stadtentwicklungskonzept 2025 stehen, entbehren jeder Grundlage und müssen daher richtiggestellt gestellt werden. Im Rahmen der Beratung und Beschlussfassung über das Stadtentwicklungskonzept war es einvernehmliche, fraktionsübergreifende Auffassung, dass die in ihm aufgeführten Einzelmaßnahmen im Laufe der Zeit noch einzeln zu beraten seien. Die Zustimmung zum Stadtentwicklungskonzept beinhaltete also nicht auch die Zustimmung des Rates zu allen in ihm aufgeführten Maßnahmen. Besonders deutlich ist dies z.B. bezüglich der heftig umstrittenen und von der SPD scharf abgelehnten Bebauung des sog. „Maisfelds“ gewesen.

Die Behauptung der Verwaltung, dass auf Wunsch des Ministers nur Vertreter der CDU zu dem Gespräch eingeladen worden sind, ist eine dreiste Falschinformation des Rates und der Öffentlichkeit. Das Ministerium hat eindeutig klargestellt, dass es einen solchen Wunsch des Ministers nicht gegeben hat. Er hätte auch allen üblichen politischen Usancen widersprochen. Die Verletzung der politischen Neutralitätspflicht liegt also allein in der Verantwortung der Verwaltungsspitze der Stadt.
Wenn das Ganze nicht auf Vorsatz beruhte, so offenbart es das Fehlen des erforderlichen politischen Fingerspitzengefühls, was die Sache keineswegs besser macht. Die fragliche Behauptung des Bürgermeisters ist als peinlicher Versuch zu verstehen, nunmehr den „schwarzen Peter“ dem Landesminister zuzuschieben. Fehler kann und darf auch ein Bürgermeister mal machen – aber dann muss erwartet werden, dass er hinterher auch dazu steht und nicht Ausflüchte sucht!

Sehr verwundert hat die SPD-Fraktion auch, dass die Verwaltungsspitze bis zum heutigen Tag nicht in der Lage war auf den Brief der SPD-Fraktion vom 7.8.2007 zu dem Anliegen zu antworten.

Dr. Rainer Frank

Marc Knülle